

UNTERWALLIS

Buch schildert Missbrauch

ST-MAURICE | «Mon Père, je vous pardonne» heisst das Buch von Daniel Pittet, welches demnächst erscheint. Geschildert wird der Fall eines Kindes, welches von einem Kapuzinerpater sexuell missbraucht wurde. Die erste Anklage, welche in Saint-Maurice erhoben wurde, musste aufgrund der Verjährungsregel allerdings wieder fallen gelassen werden. Die Schweizer Bischofskonferenz erachtet das Buch gemäss eigener Aussage als «notwendiges, kostbares und mutiges Zeugnis»; das Vorwort hat Papst Franziskus persönlich geschrieben.

Steuerbetrug aufgefliegen

SITTEN | Wie der «Nouveliste» schreibt, hat ein Sittener Geschäftsmann seine Villa im Jahr 2007 für fünf Millionen Franken an eine Person aus dem Mittleren Osten verkauft. Um Steuern zu sparen, haben die beiden jedoch einen Verkaufspreis von lediglich 3,2 Millionen Franken angegeben. Nun ist der Schwindel aufgefliegen. Vom Sittener Bezirksgericht ist der Verkäufer zu einer Haftstrafe von 16 und der Käufer zu einer Haftstrafe von sieben Monaten verurteilt worden. Beide Strafen wurden auf Bewährung ausgesetzt.

Geschichte der Walliser FDP

UNTERWALLIS | Gestern hat der Historiker Robert Giroud aus Charrat sein neues Buch «La jeune Suisse» präsentiert. Das Werk hat eine gleichnamige Politbewegung zum Gegenstand, welche 1935 vom Freisinnigen Adrien-Félix Pottier in Monthey gegründet wurde. Einst aus über 1000 Mitgliedern bestehend, beschreibt Girouds Werk die Anfänge der «jeune Suisse» und des Freisinns im Wallis.

Zufriedene SP-Migranten

UNTERWALLIS | Die Ausländersektion der SP Unterwallis, die «PS Migrant-e-s Valais Romand», zeigt sich in einer Stellungnahme erfreut über das Ja der Walliser Stimmbevölkerung zur erleichterten Einbürgerung für Ausländer der dritten Generation. Die Schweiz müsse ihre Kinder annehmen und nicht Personen als Ausländer bezeichnen, die dies eigentlich nicht seien, schreiben die Sektionsmitglieder. Das Resultat des vorgestrigen Abstimmungssonntags sei ein erfreuliches Willkommenssignal, mittels dem dieses Ziel erreicht worden sei.

Staatsratswahlen | Esther Waeber-Kalbermatten, Linke Allianz

Die Hartnäckige



Moderat links. Esther Waeber-Kalbermatten steht für einen guten Mix und den Ausgleich in der Kantonsregierung. Mit dem erneuten Antritt will sie die Vielfalt sicherstellen.

FOTO ZVG

BRIG-GLIS | Die dritte Wahl wird für Esther Waeber-Kalbermatten die schwierigste. Sie hat trotzdem Grund zur Zuversicht.

THOMAS RIEDER

Für die erste Frau in der Walliser Regierung spricht neben eben diesem Fakt auch die regionalpolitische Konstellation. Es ist davon auszugehen, dass das Oberwallis wieder geschlossen für sie stimmen wird; wie schon 2009 und 2013. Die Behauptung des zweiten Sitzes im fünfköpfigen Staatsrat ist dem deutschsprachigen Kantonsteil massgeblicher als die Parteizugehörigkeit der aussichtsreichsten Kandidaten. Das war im grossmehrheitlich konservativ-bürgerlichen Oberwallis auch schon bei ihren beiden SP-Amts-Vorgängern Peter Bodenmann und Thomas Burgener so.

Gefahr droht Esther Waeber-Kalbermatten (EWK) diesmal vor allem aus den eigenen Reihen. Der um elf Jahre jüngere alt Nationalratspräsident Stéphane Rossini will sie beerben. Das zeitigte massive zwischenmenschliche Nebengeräusche. Bis die offene Liste der Walliser SP stand, zeigten die Linken, dass sie ihre persönlichen Ambitionen genauso zu verfolgen wissen wie die Krawattenträger, denen man das für gewöhnlich gerne vorhält. Unter Druck steht die 65-jährige vormalige Grossrätin (1993–2005) und Stadträtin von Brig-Glis (1997–2009) freilich auch von rechts. Mit den Attributen «Frau» und «Oberwallis» präsentiert sich Sigrid Fischer-Willa (SFW) als die bürgerliche Alternative. In der Tat kamen die beiden Arztgattinnen über unterschiedliche Wege in die Politik. EWK engagierte sich schon als Pharmazie-Studentin für frauenpolitische Anliegen. Klavierlehrerin SFW wurde eine Späteinsteigerin mit dem Brig-Gliser Stadtratsmandat (seit 2009) als Leistungsausweis. Von rechts nach links bläst der Wind auch kampagnenmässig,

Im Unterwallis wird EWK als nimmersatte AHV-Rentnerin porträtiert, Genosse Rossini genauso unsanft als Mann auf Jobsuche.

Die Vorsteherin des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur (DGSK) könnte es in der Tat gemütlicher nehmen. Rossinis Vorgehen und die Vorwürfe aus diesem Umkreis bezüglich ihrer Leistungsbilanz liessen EWK jedoch die Stachel ausfahren. Nach dem Motto «so nicht» liess sie sich nicht auf die lange Bank abschieben. Diese Hartnäckigkeit, dieser Kampfgeist imponiert.

Fragt man neutrale Beobachter, auch im Staatsapparat, wird

«Die SP trägt ihren Teil zu einem modernen Kanton bei»

Esther Waeber-Kalbermatten

EWK solide Arbeit attestiert. Dass sie diese eher diskret leistet statt offensiv verkauft, ist ihrem Naturell geschuldet. Die Staatsrätin, die aktuell und noch bis Mai zum zweiten Male nach 2012 die Regierung präsidiert, hört genauso gerne zu wie sie redet. Die grosse Bühne sucht sie nicht. Auch das ist atypisch.

Ihre Grundanliegen lesen sich wie das Schwerpunktprogramm der SP. Dass diese Ideale im Wallis hochzuhalten sind, ist für EWK sonnenklar. «Die SP hat das Wallis mitgeprägt und trägt ihren Teil bei zu einem modernen Kanton.» Ihren persönlichen Beitrag dazu will sie weiterhin leisten, weil sie insbesondere im Bereich Gesundheit die Planung und damit die Fahrt in die Zukunft mit dem Erfahrungsschatz der letzten vier Jahre mitgestalten will. «Nur» vier Jahre? Ja. Beim Eintritt in die Regierung 2009 wurde ihr dieses politisch heikle Dossier von den bürgerlichen Kollegen noch nicht zugestanden. Vier Jahre

später dann als heisse Kartoffel umso lieber, nachdem sich Maurice Tornay in den Spitaldossiers verbissen hatte. EWK konnte seither an den verschiedensten Baustellen eine massgebliche Beruhigung erwirken. Wer also will es ihr verübeln, den prestigeträchtigen Spitalneubau in Brig-Glis nun auch umsetzen zu wollen, nachdem sie das Projekt auf die Reihe kriegte? Dass die Spitäler im Übrigen öffentlich-rechtliche Institutionen bleiben müssen, ist für sie unbestritten, «weil nur so alle den Zugang zu den gleichen Leistungen garantiert haben». Doch das Thema «Spital» ist nur eines von vielen Arbeitsfeldern. Im weitläufigen Feld «Gesundheit und Soziales» hats permanenten Handlungsbedarf. Und Platz für erfrischende Ideen wie jene, auf den Mangel an Pflege-Fachkräften mit einem Bonus-/Malus-System zu reagieren, um die Betriebe aktiver in die Ausbildung einzubinden.

Den Staat sieht die vormalige Apotheken-Betreiberin nicht als diktierendes und kontrollierendes Monster, sondern als Institution, die schlank und effizient die öffentlichen Dienstleistungen regelt. Weil das immer komplexer wird, braucht es gute Leute. «Der Kanton hat diese Leute, die ganz bewusst gute Arbeit leisten wollen», sagt EWK. Selbst ist sie dazu genauso motiviert, bei aller gelegentlichen Einsamkeit des Amtes. «Bei der Vertraulichkeit vieler Geschäfte ist das nicht anders möglich.»

Im Staatsrat sieht EWK die grösste Herausforderung in den Budget-Diskussionen. Ob gerade deshalb nicht besser nur fünf statt der gelegentlich geforderten sieben Köpfe am Regierungstisch sitzen, ist für sie weder eine Frage der Gesprächskultur noch der Arbeitsbelastung. «Viel wichtiger ist, dass mit sieben Sitzen die Vielfalt der Parteien und Regionen besser abgebildet werden könnte. Das liesse alle massgeblichen Kräfte im Kanton besser in die Verantwortung einbinden.»

KURZ UND BÜNDIG

Wenn Sie der jetzigen Regierung eine Note geben müssten...

«...gäbe ich ihr Noten zwischen 4,0 und 5,5 mit einem Schnitt von 4,8.»

Welches «Dossier», welche «Affäre» der jetzigen Legislatur hat dem Kanton am meisten geschadet?

«Der absolute Gipfel war die Ernennung des «menschenverachtenden» San Giorgio in eine kantonale Arbeitsgruppe.»

Mit wie vielen Stimmen rechnen Sie im ersten Wahlgang?

«Ein Platz unter den ersten fünf ist für mich und alle Frauen im Wallis wichtig.»

Wie viel Geld geben Sie für die Wahl-Kampagne aus?

«Aus eigenen Mitteln und Spenden 50 000 Franken für die persönliche Kampagne.»

Ihr Wunsch-Departement?

«Ist mein bisheriges.»

Sind Sie für eine rein rechtsbürgerliche Regierung?

«Nein. Es braucht einen guten Mix und einen Ausgleich.»

Braucht es zwei Oberwalliser Staatsräte/-innen?

«Ja. Es ist wichtig, dass die Minderheit im Kanton gut vertreten ist. Die Politik ist dann für den ganzen Kanton zu machen.»

Was würden Sie konkret fürs Oberwallis tun?

«Im Vordergrund stehen für die Regierung die Interessen aller Regionen. Im Gesundheitsdepartement setze ich mich ein für den raschen Ausbau des Spitals im Oberwallis, für eine regionale Alters- und Pflegepolitik mit gutem Spitzexangebot und Angehörigenunterstützung.»

Wie wollen Sie das Verhältnis Ober- und Unterwallis verbessern?

«Da bin ich täglich am Schmieden. Die vielen auch von meinem Departement unterstützten kulturellen Anlässe im ganzen Kanton sind ein gutes Beispiel dafür.»

Sind Sie für eine Totalrevision der Verfassung? Mit Verfassungsrat?

«Ja. Für beides.»

Wie viele politische Gemeinden braucht das Wallis?

«Zwischen 40 und 60. Sie könnten sich rund um die OS-Schulzentren formieren, die historisch gewachsen sind und heute bereits über die Schule hinaus gut zusammenarbeiten.»

Soll der Kanton Wallis auch kleinste Bergbahnen fördern?

«Die kleinen Bergbahnen müssen sich mit anderen zusammenschließen. Dann haben sie eine Chance zum Überleben. Und dann müssen sie auch gefördert werden.»

Wie lassen sich die ausserkantonalen Hospitalisierungen reduzieren?

«Durch hochstehende Qualität und einen aktiven Informationsaustausch mit den Hausärzten sowie Patienten.»

Wo soll die Energiestrategie des Kantons Prioritäten setzen?

«Die Wasserkraft bleibt wichtig. Aber das Wallis kann mit einer verstärkten Nutzung von Wind und Sonne Akzente setzen.»

Im Mai wird über das kantonale Ausführungsgesetz zur Raumplanung abgestimmt. Was empfehlen Sie dem Walliser Stimmvolk?

«Ein Ja, wenn auch ohne Begeisterung.»

Soll das Wallis für Olympia 2026 kandidieren?

«Ich bin nur überzeugt davon, wenn wir eine Nachhaltigkeit hinkriegen, welche über die Tage der Spiele hinausreicht.»

Ihre ersten Amtshandlungen, wenn Sie gewählt werden?

«Mich stark machen für ein Legislaturprogramm der Regierung mit klaren Zielen, die auch kommuniziert werden.»